## Antrag auf Einbürgerung

Für jede Person über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich. Bitte alle Fragen beantworten. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, bitte auf einem Beiblatt weitere Angaben machen. Reichen Sie den Antrag zusammen mit den benötigten Unterlagen beim Bürgermeisteramt Ihres Wohnortes ein.

<u>Ausnahme:</u> Personen aus Ludwigsburg wenden sich direkt an das Landratsamt.

Ich beantrage den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (Einbürgerung)

1. Angaben zur Person des Antragstellers						Bitte den Rand freilassen.
Familienname						
Geburtsname						
Vorname(n)						_
frühere Familiennamen						
Geburtsdatum, Geburtsort, Kreis, Staat						
Familienstand	ledig ver		verpartnert	verwitwet	geschieden	
Ort und Tag der Eheschließung/Eintragung der Lebenspartnerschaft						_
Anschrift (Postleitzahl, Ort, Straße, Haus- nummer						
Nebenwohnsitz						_
ausgeübte Tätigkeit						_
2. Ehegatte/eingetragene(r) Lebenspartner Soll der Ehegatte/eingetragene(r) Lebensp		aebüraert wer	den ist ein eige	ener Antrag erf	orderlich.	
Familienname		<u> </u>		J		
Geburtsname						_
Vorname(n)						
Geburtsdatum, Geburtsort, Kreis, Staat						
Staatsangehörigkeit(en) belegt durch (z.B. Pass)						
Anschrift (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)						
Nebenwohnsitz						
ausgeübte Tätigkeit						
Soll der Ehegatte/eingetragene(r) Lebenspartner(in) auch eingebürgert werden?	ja, siehe eigen	ner Antrag	nein			
Einwilligungserklärung der antragstellende Die Ausländerakten, auch die meiner minderjarungsvoraussetzungen benötigt. Können die Amuss der Einbürgerungsantrag abgelehnt wer Einbürgerungsverfahren bin ich ausdrücklich ont, Datum	ährigen Kinder, werd Ausländerakten weg rden. Mit der Überlas	den von der Eir en Verweigeru	nbürgerungsbehing der Einwilligu	örde zur Prüfung Ing nicht beigez	ogen werden,	

3. Frühere Ehen/eingetragene Lebenspartnerschaften? □ ja □ nein						
Erste Ehe/eingetragene Lebenspartner- schaft	von	k	ois			
aufgelöst durch						
Familienname, Vorname, ggfs. Geburtsname						
Staatsangehörigkeit/en						
Zahl der Kinder						
Zweite Ehe/eingetragene Lebenspartner- schaft	von	k	ois			
aufgelöst durch						
Familienname, Vorname, ggfs. Geburtsname						
Staatsangehörigkeit/en						
Zahl der Kinder						
4. Kinder Hier sind alle Kinder einzutragen						
		Kind		Kind		
Kindschaftsverhältnis	aus jetziger aus früherer		aus jetziger E aus früherer I			
		iteinander ver-	Kind nicht mit	teinander ver-		
Familienname	Helfateter Li	tern	heirateter Elte	<u>ərn</u>		
Vorname(n)						
Geschlecht	männlich	weiblich	männlich	weiblich		
Geburtsdatum, Geburtsort						
Aufenthaltsort						
Staatsangehörigkeit(en)						
soll das Kind eingebürgert werden?	☐ ja	nein	☐ ja	nein		
		Kind	-	Kind		
Kindschaftsverhältnis	aus jetziger aus früherer		aus jetziger E aus früherer I			
		iteinander ver-	1 ==	teinander ver-		
Familienname		····				
Vorname(n)						
Geschlecht	männlich männlich	weiblich	männlich	weiblich		
Geburtsdatum, Geburtsort						
Aufenthaltsort						
Staatsangehörigkeit(en)						
soll das Kind eingebürgert werden?	□ ja	nein	☐ ja	nein		

5. Eltern des Einbürgerungsbewerbers						
		leiblicher	Vater		leibliche Mutter	
Tag und Ort der Eheschließung						
Familienname						
Geburtsname						
Vorname(n)						
Geburtsdatum						
Geburtsort						
Staatsangehörigkeit						
Volkszugehörigkeit						
(letzter) Wohnort mit Anschrift						
letzter Wohnort im Heimatland						
verstorben?	☐ ja		nein	☐ ja	nein	
wenn ja, Sterbedatum						
6. Nur von minderjährigen Einbürgerungsb	ewerberr	n zu beantwo	orten			
Ehe der Eltern besteht fort?	☐ ja		nein			
Vertretungsbefugnis liegt bei						
Vertretungsbefugnis beruht auf						
7. Staatsangehörigkeit, Status, Wehrdienst						
derzeitige Staatsangehörigkeit(en)						
Volkszugehörigkeit						
frühere Staatsangehörigkeit(en)						
Verlustgrund						
nachgewiesen durch						
besonderer Status	Asylk	perechtigter	heimatloser Au	ısländer [	ausländischer Flüc	chtling
Wehrpflichtig?	□ja	nein				
Wehrpflicht erfüllt	☐ ja	nein				
von der Wehrpflicht befreit	☐ ja	nein				
anderer Militärdienst	☐ ja	nein				
wenn ja, in wessen Dienst?						

8. Ausländerrechtlich	ner Status	
Ausweispapier, Pass,		
ausgestellt am		
ausstellende Behörde		
gültig bis		
Bezeichnung des Aufe	enthaltstitels	
gültig bis		
	Ausland und Inland (	ab Geburt bis heute)
Aufen von	thalte bis	Ort, Staat
VOII	DIS	
10. Schulbildung		
Schulbildung		Schulart, Ort des Schulbesuchs
von	bis	
11. Berufsausbildung	1	
	ısbildung	And down Association on Absociations of Control Association on
von	bis	Art der Ausbildung, Abschluss, Ort der Ausbildung

12. Arbeitsverhältnis	se und selbständige T	ätigkeiten		
von	bis	Art der Tätigkeit, A	rbeitgeber, Ort	
13. Straftaten und Err	mittlungsverfahren de	s Antragstellers in	n <u>In-und Ausland</u>	
Vorstrafen (einzutrage lungen im In- und Ausl		☐ ja ☐ nein		
Angaben über Zeitpun stand und Strafmaß de				
anhängige Ermittlungs	verfahren	☐ ja ☐ nein		
nähere Angaben				
14. Wirtschaftliche Vo	erhältnisse, Unterhalts	sverpflichtungen		
Brutto-Einkünfte		monatlich	jährlich	€
Brutto-Einkünfte des E ten/Lebenspartners	hegat-	monatlich	☐ jährlich	€
Brutto-Einkünfte weiter bender Familienangeh		monatlich	jährlich	€
Familienname, Vornan hörigen	ne des Familienange-			
Brutto-Einkünfte weiter bender Familienangeh		monatlich	jährlich	€
Familienname, Vornan hörigen	ne des Familienange-			
Alterssicherung		nein	ia, durch	
Bezug von Leistungen (Arbeitslosengeld II un		☐ ja	nein	€
Grund für die Erwerbsl	osigkeit			
Bezug von Leistungen (Sozialhilfe)	nach SGB XII	☐ ja	nein	€
Bezug von Wohngeld		☐ ja	nein	€
Bestehen Unterhaltsve über nicht zum Hausha sonen?	erpflichtungen gegen- alt gehörenden Per-	nein	☐ ja, in Höhe von	€
Bestehen Unterhaltsrü	ckstände?	nein	ja, in Höhe von	€
Name und Anschrift de ten Person	er unterhaltsberechtig-			
Name und Anschrift de ten Person	er unterhaltsberechtig-			

15. Vermeidung von Mehrstaatigkeit					
ich bin bereit, die bisherige(n) Staatsan- gehörigkeit(en) aufzugeben, und verpflich- te mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.	□ ja	nein			
wenn nein, aus folgenden Gründen					
16. Frühere Antragstellung					
Die Verleihung der deutschen Staatsange- hörigkeit habe ich bereits früher beantragt	☐ ja	nein			
Behörde, Datum der Entscheidung					
Der Antrag wurde	abgelehnt	zurückgenommen			
17. Begründung des Einbürgerungsantrag	s				
18. Miteinbürgerung von Kindern					
Ich/Wir beantrage(n) die Einbürgerung der im Antrag aufgeführten Kinder:					
, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	1.				
Familienname, Vorname	2.				
i anniicilianic, voillanie	3.				
	4.				
Datum	Unterschriften de	er Sorgeberechtigten			

## 19. Sonstiges

- Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können. Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.
- Mir ist bekannt, dass mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder für einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.
- Mit der Auskunftserteilung der für mich zuständigen Finanz- und Sozialbehörden sowie der Arbeitsverwaltung bin ich einverstanden.
- Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung eine Gebühr von 255 €, für jedes minderjährige, miteinzubürgernde Kind 51 € erhoben wird und dass auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags gebührenpflichtig ist.

## Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen im Normalfall auf § 8 oder 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Im Falle der Verheiratung/Lebenspartnerschaft mit einem deutschen Ehegatten/Lebenspartner auf § 9 Staatsangehörigkeitsgesetz. Ohne die Angaben ist die Bearbeitung des Antrags nicht möglich. Im Übrigen gibt es mehrere Rechtsgrundlagen für eine Einbürgerung. Diese können im Einzelfall bei der Einbürgerungsbehörde erfragt werden.

## Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung im Einbürgerungsverfahren (§ 3 Absatz 4 Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG)

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat,

- die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 11 Satz 1 Nr. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes [StAG]).

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat, oder wenn sich der Ausländer bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht (§ 11 Satz 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Nr. 5 und 5a des Aufenthaltsgesetzes).

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Absatz 2 StAG). Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz. Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus. Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrundeliegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit. Gelangt das Innenministerium zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert. Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird das Innenministerium informiert, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

Datum Unterschrift		Name, Vorname in Druckbuchstaben		

20. Stellungnahme der Gemeinde:							
Der Einbürgerungsbewerber/Die Einbürgerungsbewerberin und - seine/ihre Kinder – ist/sind/waren in der Gemeinde wie folgt gemeldet:							
	zugezogen von gemeldet		weggezogen nach				
		von	bis				
	Die Meldeunterlagen						
Ш	stimmen mit den Angaben der Antragstellerin/des	Antragstellers überein					
	weichen wie folgt von den Angaben der Antragste	ellerin/des Antragstellers al	):				
П	sonstige Tatsachen, die insbesondere im Sinne vo	on & 8 Staatsangehörigkei	tsaesetz, für die Einbürgerund	y von Bedeutung sein können:			
		on g o common generighte		,			
Ort,	Datum		Unterschrift				
Anla	nen						
Ailia							
	begl. Kopie des gültigen Passes (mit Aufenthalts	generimigung)					
	Lebenslauf (von Personen ab 16 Jahren)						
	Lichtbild (von Personen ab 16 Jahren)						
	Nachweis über den Personenstand (z.R. Geburts	surkunde Heiratsurkunde	healauhiate Abschrift aus der	m Familianhuch Schaidungsurtail usw )			
	Nachweis über den Personenstand (z.B. Geburtsurkunde, Heiratsurkunde, beglaubigte Abschrift aus dem Familienbuch, Scheidungsurteil usw.)						
	Schulbescheinigung von miteinzubürgernden minderjährigen Kinder						
	Einkommensnachweise, gegebenenfalls auch die des Unterhaltspflichtigen (z.B. Lohnabrechnung, Rentenbescheid, bei Selbständigen: neuester						
	Einkommensfachweise, gegebenenfalls auch die des Onternaltspillchtigen (z.B. Lonnabrechnung, Rentenbescheid, bei Selbständigen: neuester Einkommensteuerbescheid)						
	Nachweis über erworbene Deutschkenntnisse (z.B. Schulabschluss, Schulzeugnisse von 4 aufeinanderfolgenden Schuljahren; Ausbildungsab-						
	schluss oder Zertifikat Deutsch B1)						
	Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme am Einbürgerungstest (falls kein deutscher Schulabschluss)						
L							